

„Wir brauchen einen entschiedenen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik!“

Die Hamburger Erklärung der wirtschaftspolitischen Sprecher von CDU/CSU im Bund und in den Ländern

Der Wirtschaftsstandort Deutschland hat in den letzten Jahren deutlich an Substanz verloren. Die Wirtschaft schrumpft. Der Industriestandort Deutschland leidet – die Rahmenbedingungen für Investitionen werden fortlaufend schlechter. Der Netto-Abfluss an Investitionen aus Deutschland in den letzten drei Jahren von zusammen über 310 Milliarden Euro ist ein nicht zu übersehendes Alarmsignal; Arbeitsplätze und Wohlstand werden mit diesem Geld nun im Ausland geschaffen. Ein Fünftel der deutschen Industriewertschöpfung ist mittelfristig gefährdet, prognostizieren BCG, IW und BDI in einer aktuellen Studie. Wachstumspotenziale durch mehr Forschung und Entwicklung werden nicht gehoben, die Gebote konsequenter Digitalisierung und Fokussierung auf Ausbildung und Sicherung von Fach- und Arbeitskräften werden sträflich vernachlässigt. Die Bundesregierung kommt trotz Rekordsteuereinnahmen mit dem Geld nicht aus, das sie hat. Sie will immer mehr Geld vor allem für konsumtive Zwecke ausgeben. Insgesamt sind das dramatische Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft. Die Dauerkrise ist unter der von Olaf Scholz geführten Bundesregierung zum Normalzustand geworden. Viele Menschen haben Angst um ihre wirtschaftliche Sicherheit und die soziale Stabilität in Deutschland. Fördern und Fordern ist Markenkern der Union. Dies muss mit Blick auf alle sozialen Leistungen berücksichtigt werden. Staatliche Subventionierung von Nichtarbeit schadet unserem Wirtschaftsstandort.

Das Potential der deutschen Volkswirtschaft ist riesengroß, die Zukunftsperspektiven könnten – so wie in den anderen wachsenden Volkswirtschaften – auch in Deutschland auf Wachstum und Wohlstand gerichtet sein. Es wird höchste Zeit, den Turbo der deutschen Volkswirtschaft wieder neu zu starten. Wir brauchen einen entschiedenen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik. Die rasante Deindustrialisierung muss gestoppt werden. Steuern müssen sinken, Arbeit muss sich wieder lohnen. Bürokratie muss konsequent wieder abgebaut werden. Zudem ist eine gesicherte und günstige Energieversorgung unerlässlich, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu gewährleisten. Kurzum: Wir brauchen wieder mehr Mut zur und Vertrauen in die Marktwirtschaft.

Für eine echte Unternehmensteuerreform

Der Industriestandort Deutschland fällt strukturell zurück – bei zwei Dritteln der wichtigsten Standortindikatoren liegt Deutschland hinter relevanten Wettbewerbern. Dabei hat gerade Deutschland – mit seiner Industrie, seinem Mittelstand und den Millionen gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – beste Voraussetzungen, auf den Wachstumspfad zurückzukehren und der Bevölkerung Zuversicht und Kraft für die vor uns liegenden Anstrengungen zu geben. Die Wachstumsperspektive der deutschen Industrie hängt maßgeblich an Lösungen für eine wettbewerbsfähige Energieversorgung, Fachkräftesicherung und Entbürokratisierung; klimaneutrales Wirtschaften, Automatisierung, Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und Gesundheit beschreiben wichtige Aspekte dieses Weges. Mit Lösungen für diese Kernbereiche stärken wir auch die bestehenden Branchen, an denen ein großer Teil des Erfolgs unserer Volkswirtschaft hängt, von der Automobilindustrie über den Maschinen- und Anlagenbau bis zur chemischen Industrie. Diese Lösungen sind auch wichtig für den Mittelstand.

Erklärung wirtschaftspolitische Sprechertagung Hamburg

Beschlossen auf der wirtschaftspolitischen Sprechertagung am 13./14. Oktober 2024 in Hamburg

Für CDU/CSU ist klar: Erforderlich sind eine Bildungsoffensive mit Anreizen für Fort- und Weiterbildung, eine gezielte Förderung von Schlüsseltechnologien, Bürokratieabbau und eine echte Steuerreform. Die letzte Unternehmensteuerreform in Deutschland fand 2008 statt. Seither ist die Belastung in Deutschland weiter gestiegen, während nahezu alle Wettbewerber ihre Steuersätze gesenkt und steuerliche Regelungen vereinfacht haben. Wir brauchen jetzt eine schrittweise Senkung des Unternehmensteuersatzes auf 25 Prozent und den Mut, ein neues Unternehmensteuerrecht zu formulieren. Die Reformvorschläge der vom Bundesfinanzministerium eingesetzten Expertengruppe liegen vor. Eine Steuerreform gibt Anreize für Investitionen und für die Bindung der klügsten Köpfe und mutiger Investoren an unser Land. Die Zeit dafür ist jetzt.

Hafenpolitik als nationale Aufgabe – deutsche See- und Binnenhäfen und Bundeswasserstraßen fit für die Zukunft machen!

Deutschlands Wohlstand beruht mit einer Exportquote von etwa 50 Prozent auf seiner außenhandelsorientierten Wirtschaft. Für eine reibungslose Anbindung an die internationalen Märkte und Lieferketten, für eine resiliente Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen und der Bevölkerung mit lebenswichtigen Produkten sind die deutschen Seehäfen systemrelevant. Gleichzeitig stehen die Häfen vor enormen Herausforderungen, etwa im Hinblick auf die Modernisierung der Hafeninfra- und -suprastruktur. Entsprechendes gilt für die Binnenhäfen und das Netz von wichtigen Bundeswasserstraßen wie beispielsweise Rhein und Elbe. Zwar profitieren alle Bundesländer von den Seehäfen – die deutschen Seehäfen versorgen ganz Deutschland –, doch stemmen die Küstenländer die hohen Kosten für Investitionen und Unterhaltungsmaßnahmen überwiegend allein. Der Hafenlastenausgleich des Bundes ist bestenfalls als symbolisch zu bezeichnen. Obwohl Olaf Scholz als ehemaligem Ersten Bürgermeister Hamburgs dieser Befund bekannt ist, gibt es seitens der Bundesregierung keine aktive nationale Politik zur Unterstützung und strategischen Koordinierung der Hafenpolitiken und -investitionen der Bundesländer. Daran ändert die verspätet vorgestellte Nationale Hafenstrategie nichts.

Vor diesem Hintergrund fordern die wirtschaftspolitischen Sprecher, dass der Bund eine deutlich aktivere Rolle in der Hafenpolitik übernimmt. Bis auf Weiteres soll der Bund 500 Mio. Euro pro Jahr bereitstellen, um der nationalen Bedeutung der Hafeninfrastuktur der Seehäfen gerecht zu werden, den hohen Investitionsstau in den Häfen abzubauen und neue Großinvestitionen stemmen zu können. Beispiele sind der Neubau der Köhlbrandbrücke und A26-Ost, die Westerweiterung des Waltershofer Hafens, die Erneuerung der Containerkaje und der Bau des EnergyPorts in Bremerhaven, die Schienenanbindung des Hafens und Industriegebiets Brunsbüttel und der Häfen Kiel, Lübeck und Wilhelmshaven sowie der Ausbau der Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Errichtung von Energie-Terminals, um die deutsche Volkswirtschaft vor allem dauerhaft mit Energie, vorzugsweise erneuerbarer Energie, versorgen zu können. Diese erfordert eine nationale Strategie, die an Pragmatismus und Effizienz ausgerichtet ist. Die Binnenwasserstraßen müssen fortentwickelt und den Klimaveränderungen angepasst werden; insbesondere die Abladeoptimierung im Bereich des Mittelrheins muss endlich begonnen und die maßgeblichen Binnenhäfen entlang der Wasserstraßen müssen auch als trimodale Standorte optimiert und bestehende Standorte besser nutzbar gemacht werden.

Ein verlässliches Wasserstoffnetz für alle Teile Deutschlands

Erklärung wirtschaftspolitische Sprechertagung Hamburg

Beschlossen auf der wirtschaftspolitischen Sprechertagung am 13./14. Oktober 2024 in Hamburg

Das geplante Wasserstoff-Kernnetz bietet eine bedeutende Chance für die Zukunft Deutschlands als führender Industriestandort. Wir brauchen in Deutschland ein verlässliches Wasserstoffnetz und CCS/CCU, um die Klimaziele zu erreichen und klimaneutrale Produktion zu ermöglichen. Ein zentrales Anliegen von CDU/CSU beim Aufbau eines Wasserstoff-Kernetzes ist die Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung, die es ermöglicht, dieses zukunftsweisende Projekt effizient und zeitnah umzusetzen. Dabei ist es essenziell, dass das Netz nicht nur schnell ausgebaut wird, sondern auch ganz Deutschland abdeckt, um flächendeckend wirtschaftliche Impulse zu setzen und den Standort Deutschland nachhaltig zu stärken. Ebenso wie bei unserem guten Autobahnnetz muss das Wasserstoffnetz höchsten Ansprüchen genügen: Es muss stabil und zuverlässig sein, um Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit zu gewährleisten. Nur so kann der Umstieg auf Wasserstoff als Schlüsseltechnologie gelingen und eine klimaneutrale Zukunft vorangebracht werden.

Eine neue Gründungskultur für Deutschland

Deutschland kann bei der Entwicklung von Patenten und bei der Erforschung neuer Technologien – vor allem aber bei der Umsetzung in marktreife Produkte – mehr. Insbesondere gilt es, Wissenschaft und Wirtschaft stärker und niedrigschwelliger zu verknüpfen, auch um Ausgründungen aus Hochschulen zu fördern. Unternehmensgründungen müssen vereinfacht, der Übergang geistigen Eigentums von wissenschaftlichen Einrichtungen in die Wirtschaft standardisiert und beschleunigt werden. Die Verletzung geistigen Eigentums muss schneller und konsequenter geahndet werden. Auch dies muss eine Unternehmensteuerreform berücksichtigen.

Insgesamt bedarf es einer deutlich umfangreicheren Mobilisierung von privatem Kapital. Ehrgeiziges Ziel muss es sein, die Wagniskapital-Investitionen in Deutschland in den nächsten zwei Wahlperioden zu verdreifachen bzw. auf ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Zusätzlich müssen Exit-Kanäle für erfolgreiche Gründungen gestärkt und vereinfacht werden, um mehr Tech-Börsengänge und Verkäufe zu fördern. Neben der Bündelung von Handelsplätzen in Europa soll auch die Herabsetzung des Nominalwerts von Aktien auf 0,01 Euro ermöglicht werden. Neben professionellen institutionellen Investoren sollten auch Investitionsmöglichkeiten für Privatanleger vereinfacht werden.

Ein weiteres bedeutsames Thema für Startups ist die stärkere Beteiligung an öffentlichen Aufträgen, gerade auch für den Mittelstand. Vor allem der große Rückstand Deutschlands bei der Digitalisierung muss Anlass sein, kleine Unternehmen und Startups einzubinden – mit dem Ziel, die Digitalisierung schneller umzusetzen und mehr Wertschöpfung durch kluge und innovative Lösungen „Invented in Germany“ zu erreichen.

Wichtig ist es auch, mehr Frauen die Gründung eines Unternehmens zu ermöglichen. Um den Anteil der Gründerinnen signifikant zu steigern, muss es beispielsweise den Anspruch auf Mutterschaftsgeld für selbstständige Unternehmerinnen geben. Außerdem muss das Elterngeld für diese Berufsgruppe flexibilisiert und die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten erhöht werden. Verfügbare, zeitlich stabile Betreuungsangebote gehören zur Grundausstattung eines guten Wirtschaftsstandorts.

Mehr Mittelstand und Pragmatismus, weniger Staatskapitalismus

Erklärung wirtschaftspolitische Sprechertagung Hamburg

Beschlossen auf der wirtschaftspolitischen Sprechertagung am 13./14. Oktober 2024 in Hamburg

Wir bekennen uns aus voller Überzeugung zur Sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik der Sozialen Marktwirtschaft stellt den Menschen in den Mittelpunkt, indem sie wirtschaftliche Freiheit mit sozialer Verantwortung vereint und so Wohlstand für alle ermöglicht, ohne den sozialen Ausgleich zu vernachlässigen – das ist unsere Maxime. Danach ist es Aufgabe des Staates, den grundlegenden Rahmen für den Markt und die Unternehmen zu setzen. An keinem Beispiel wird das so deutlich wie bei der für die Bevölkerung und die Wirtschaftsverkehre so wichtigen öffentlichen Infrastruktur. Dass beispielsweise die Sanierung der rund 8.000 in schlechtem Zustand befindlichen deutschen Brücken 40 Jahre dauern soll, ist inakzeptabel. Neben dem Erhalt muss unbedingt auch der Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben werden. Eine gute Verkehrsinfrastruktur vermeidet Umwege und Staus und entlastet Unternehmen wie Bürgerinnen und Bürger.

Um ein weiteres Abfließen von Investitionen aus Deutschland zu verhindern, müssen Innovation und Wertschöpfung gefördert und dürfen nicht durch eine Bürokratielawine erstickt werden. Ideologischen Vorhaben setzen wir Technologieoffenheit entgegen, einen politisch verordneten Mindestlohn von 15 Euro lehnen wir klar ab. Wir brauchen mehr Vertrauen in die Kräfte des Marktes, den wir dazu über Anreize stimulieren wollen, und in die Innovationskraft gerade auch des deutschen Mittelstands; dazu mehr Freiheit und kraftvolle Unterstützung von Gründerinnen und Gründern.